

10 Jahre Hartz IV und die Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Fragen an den Bielefelder Extremismus- und Gewaltforscher Prof. Wilhelm Heitmeyer

TUP: Herr Prof. Heitmeyer, Sie haben zwischen 2002 und 2011 Deutschland nach sogenannter „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ untersucht. Was sind die zentralen Erkenntnisse?

Wilhelm Heitmeyer: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fokussiert auf Menschen, die allein aufgrund einer zugeschriebenen oder tatsächlichen Gruppenzugehörigkeit und unabhängig vom individuellen Verhalten in die Abwertung, Diskriminierung und zum Teil in Gewalt durch Teile der Mehrheitsbevölkerung hineingeraten. Dazu gehören Migranten, Juden, Muslime, Homosexuelle, Obdachlose, Behinderte, Sinti und Roma und seit einiger Zeit auch Langzeitarbeitslose.

Kann man sagen, was sich bis heute, Frühjahr 2015, positiv wie negativ verändert hat?

Die Langzeitstudie mit jährlichen repräsentativen Bevölkerungsbefragungen zeigen unterschiedliche Kurven hinsichtlich Zu- und Abnahmen. Fremdenfeindlichkeit ist zum Beispiel nach einer mäßigen Abnahme dann wieder angestiegen. Andere Elemente sind im Untersuchungszeitraum relativ gleich geblieben oder haben sogar abgenommen. Ausführlich ist dies in Band 10 von „Deutsche Zustände“ nachzulesen. Deutlich aber ist, dass diejenigen, die sich von der Krise bedroht fühlen, zum Teil signifikant höhere Abwertungen gegenüber einigen Gruppen aufweisen.

Im Rahmen der Untersuchung konstatieren Sie drei „Signalereignisse“ in den letzten knapp 15 Jahren, unter anderem die Einführung von Hartz IV 2005. Inwiefern war dies ein „Signalereignis“ und mit welchen Konsequenzen?

Wir haben es mit einer Ökonomisierung des Sozialen zu tun. Die Statusunsicherheit mit verschiedenen Desintegrationsängsten und -erfahrungen geht einher mit einer steigenden Abwertung der als „Nutzlose“ oder „Ineffiziente“ deklarierten Gruppen, also Hartz-IV-Empfängern und Langzeitarbeitslosen.

Spielt denn Erwerbsarbeit tatsächlich immer noch eine so große Rolle für die Identität vieler Menschen?

Nach wie vor spielt Arbeit eine zentrale Rolle, denn es geht ja nicht nur um die materielle Reproduktion, sondern auch um die haltgebende Strukturierung des Alltags und vor allem

um die Anerkennungsquelle. Ohne Anerkennung kann niemand leben. Deshalb ist Arbeitslosigkeit so zerstörerisch.

Insbesondere mit Blick auf Arbeitslose, vor allem Langzeitarbeitslose, stellen Sie eine wachsende Ablehnung der Betroffenen durch andere gesellschaftliche Gruppierungen fest. Wer lehnt diese Gruppe ab und warum?

Gegenüber anderen schwachen Gruppen sind vor allem auch Angehörige unterer Sozial-schichten häufig sehr abwertend. Der Mechanismus ist klar. Die Abwertung von anderen geht mit dem Gefühl eigener Selbstaufwertung einher. Bei der Abwertung von Langzeitarbeitslosen sind es vor allem diejenigen, die sich selbst einen hohen sozialen Status zuschreiben. Dahinter stehen eine rohe Bürgerlichkeit und ein Jargon der Verachtung.

Gibt es also Entsolidarisierungstendenzen innerhalb der Gesellschaft?

Es ist deutlich zu sehen, dass es solche Entsolidarisierungstendenzen gibt. Insbesondere wohlhabende Gruppen ziehen sich aus der Solidargemeinschaft zurück und reklamieren, wie unsere Untersuchungen zeigen, dann „Etabliertenvorrechte“, fühlen sich gar als Benachteiligte. Das zeigt sich gegenüber Hartz-IV-Empfängern und ganz aktuell etwa gegenüber Asylbewerbern, wenn ein Asylbewerberheim in der Nähe ihrer Wohngebiete eingerichtet werden soll.

Untersuchungen belegen den Zusammenhang zwischen schlechter ökonomischer Situation (vor allem Langzeitarbeitslosigkeit), Bildungsferne und sinkender politischer Teilhabe bis hin zur konsequenten Wahlenthaltung. Ist dies ein Teil jener Entwicklung, die bereits 2001 von Ihnen unter dem Stichwort „Demokratieentleerung“ erkannt wurde?

Ja, 2001 habe ich über den Zusammenhang von autoritärem Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus geschrieben. Das war damals nicht populär, schon gar nicht, um von einem autoritären Kapitalismus zu sprechen. Empirisch können wir die Demokratieentleerung in unseren Bevölkerungsbefragungen seit Jahren nachweisen. Dies betrifft vor allem jene, die beruflich und sozial desintegriert sind. Sie ziehen sich aus den demokratischen Prozessen zurück – und sind dann auch anfällig für rechtspopulistische Bewegungen.

Diese Zusammenhänge habe ich frühzeitig thematisiert – aber wer hört schon zu?

Was muss getan werden, um mögliche Gefährdungen für das demokratische Miteinander abzuwenden? Welche Rolle sollten politisch Verantwortliche und „die“ Medien dabei spielen?

Es gibt keinen Königsweg. Ich weiß es nicht angesichts der komplizierten Gemengelage. Ich vermute, dass eine Veränderung der Anerkennungskultur, also auch Respekt statt Verachtung und Selbstwirksamkeitserfahrung hilfreich sein könnten. Auch müssten Konflikte aus dem

negativen Geruch der Destruktion geholt werden. Konflikte können höchst konstruktiv sein. Aber ich bin nicht optimistisch angesichts eines überwältigenden Kapitalismus, der kein Interesse an sozialer Integration, sondern ausschließlich an Konkurrenz hat, und damit auch an permanenter Desintegrationsgefährdung, einschließlich Angst. Zumal ich 2001 darüber geschrieben habe, dass der Kapitalismus einen Kontrollgewinn über ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungen errungen hat – und nationale Politik einen Kontrollverlust.

Interview: Peter Kuleša

Dr. Wilhelm Heitmeyer

ist Professor für Sozialisation an der Universität Bielefeld und seit August 2013 Senior Research Professor an der Universität Bielefeld und im Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld tätig, das er von 1996 bis 2013 als Direktor leitete. Von 2002 bis 2011 erschien jährlich in der Edition Suhrkamp ein Band „Deutsche Zustände“. In dieser Langzeitstudie wurden Fragen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit über zehn Jahre in Deutschland systematisch analysiert.

E-Mail: Wilhelm.Heitmeyer@uni-bielefeld.de